



## Schallende Ohrfeige für den Bundesrat

### Waffenexporte in Krisenländer vorerst blockiert

HEIDI GMÜR, BERN

**Der Nationalrat will die Kompetenzen des Bundesrats bei Kriegsmaterialausfuhren beschneiden. Auslöser ist die vom Bundesrat geplante Lockerung der Kriegsmaterialverordnung.**

Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Und es ist offen, wie es ausfallen wird. Die Debatte im Nationalrat zu den Kriegsmaterialausfuhren hat am Mittwoch eines abschliessend klargemacht: Die FDP-SVP-Mehrheit im Bundesrat hat den Widerstand völlig unterschätzt, den ihre Pläne, die Ausfuhrbestimmungen für Rüstungsgüter zu lockern und in Einzelfällen auch Waffenexporte in Krisenländer zu erlauben, auslösen würden. Und sie hat dafür nun die Quittung erhalten: Überraschend deutlich hat sich der Nationalrat für eine Motion der BDP ausgesprochen, die verlangt, dass die Kriterien für die Bewilligung von Waffenexporten von der Verordnung ins Gesetz übertragen werden.

Stimmt im Dezember auch der Ständerat der Motion zu, wird künftig nicht mehr der Bundesrat, sondern neu das Parlament die Kriterien für die Ausfuhrbewilligungen festlegen; Änderungen derselben unterstünden dem fakultativen Referendum. Kurzfristig hat die Annahme der Motion zur Folge, dass der Bundesrat vorerst auf die Verordnungsänderung verzichtet.

#### Enthaltungen der FDP

Der Entscheid im Nationalrat fiel mit 97 zu 82 Stimmen bei 11 Enthaltungen. Geschlossen für die Motion waren BDP, CVP, SP, Grüne und Grünliberale. Enthaltend haben sich zehn Freisinnige, vornehmlich aus der Westschweiz, aber auch die Wirtschaftspolitiker Hans-Ul-

rich Bigler und Daniela Schneeberger. Beide wollten damit primär ihrer ablehnenden Haltung zur geplanten Verordnungsänderung Ausdruck geben, deren Nutzen sie nicht einsähen, die aber auf Kosten der humanitären Tradition der Schweiz ginge. Bei der SVP enthielt sich Franz Ruppen, Natalie Rickli stimmte gar für die Motion; sie hatte sich aus neutralitätspolitischen Gründen schon früh skeptisch gegenüber einer Lockerung gezeigt.

Die Debatte im Nationalrat brachte inhaltlich keine neuen Erkenntnisse. Die Befürworter der Verordnungsänderung machten geltend, dass die Armee auf eine industrielle Basis für Rüstungsgüter in der Schweiz angewiesen sei, um im Krisenfall nicht einseitig vom Ausland abhängig zu sein. Diese Basis sei aber gefährdet, weil die Exporte jüngst eher rückläufig gewesen seien. Sie betonten zudem, dass auch künftig keine Waffenexporte in Länder wie Syrien oder Jemen möglich wären, zumal für diese ein Rüstungsembargo gelte. Hingegen könnten allenfalls Exporte in Länder mit internen Konflikten wie Thailand oder Pakistan bewilligt werden, aber nur, falls «kein Grund zur Annahme» bestehe, dass die Rüstungsgüter nicht in diesen Konflikten eingesetzt würden. Erwähnt wurden namentlich Fliegerabwehrsysteme und gepanzerte Fahrzeuge.

Die Gegner einer Lockerung warnten hingegen vor den Reputationsrisiken für die neutrale Schweiz mit ihrer humanitären Tradition, falls Waffen künftig selbst in Konfliktländer geliefert würden. Und sie bezweifelten nicht zuletzt den Sinn einer Unterscheidung von Waffensystemen. Stellvertretend dafür stand die rhetorische Frage von Nicolo Paganini (cvp.): «Beeinflusst nicht jedes Rüstungsgut, auch das defensivste, die Kräftever-

hältnisse zwischen Parteien in Konflikten und Kriegen?»

Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (fdp.) schaffte es derweil nicht, gewisse Widersprüche in der Argumentation des Bundesrats aufzulösen. So sprach er von einer «minimale Korrektur» der Verordnung, die zugleich aber wesentlich sein soll, um die industrielle Basis zugunsten einer glaubwürdigen Landesverteidigung sicherzustellen. Unbeantwortet blieb dabei auch die Frage, wie sich die Lockerung konkret auf das Exportvolumen auswirken könnte. Sie ist zwar naturgemäss schwer zu beantworten, da weiterhin jeder Einzelfall beurteilt werden müsste. Skeptiker zweifeln aber daran, dass der ungewisse Nutzen die erhöhten Risiken rechtfertigt.

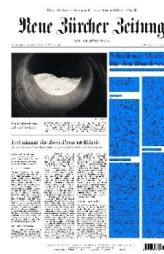
#### Skepsis bei Experten

Auch das IKRK, das sich selten in öffentliche politische Debatten einmischt, hat sich unlängst kritisch zur geplanten Verordnungsänderung geäussert. Präsident Peter Maurer gab am Schweizer Radio zu bedenken, dass man mit «relativ grosser Zuverlässigkeit weiss, dass Kriegsmaterial früher oder später in Kriegssituationen gebraucht wird». Ähnlich argumentiert der Militärexperte Bruno Lezzi. Sicher sei, dass die Entwicklung interner Konflikte kaum je absehbar sei und Bürgerkriege sich typischerweise einem rationalen Kalkül entzögen. Es irre daher, wer meine, er könne abschätzen, ob ein bestimmtes Rüstungsgut in einem internen Konflikt eingesetzt würde oder nicht. Mit dieser Verordnungsänderung, kritisiert Lezzi, würde man sich letztlich ohne Not in aussen- und sicherheitspolitische Widersprüche verwickeln. Der Bundesrat würde zwar bei den Bewilligungen «wohl kaum überborden, aber für die Reputation der Schweiz ist es ungünstig,

# Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
<https://www.nzz.ch/>

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 104'397  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 1  
Fläche: 37'855 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 3007101  
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 71039893  
Ausschnitt Seite: 2/2

wenn wir Rüstungsgüter in Krisenregionen exportieren, die wir zugleich stabilisieren wollen».

Dass am Mittwoch eine Mehrheit für die BDP-Motion zustande kam, hat jedoch nicht nur mit materiellen Aspekten zu tun. Vielen stiess auch sauer auf, dass der Bundesrat auf eine Vernehmlassung verzichtete. Diese Weigerung

war gerade bei bürgerlichen Politikern mit ein Grund, auf den grünen Knopf zu drücken. Wie sehr das Thema mobilisiert, zeigt schliesslich die Rekrutierung von Unterstützern für eine Volksinitiative gegen die Verordnungsänderung: Innert Kürze zeigten sich über 45 000 Personen bereit, im Falle einer Lancierung vier Unterschriften zu sammeln.